



Offener Brief

zur geplanten Änderung der Belegungspflicht im Fach Geschichte in der gymnasialen Oberstufe in Berlin

An die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin

Sehr geehrte Frau Senatorin Günther-Wünsch,

mit diesem offenen Brief wenden sich der Verband der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gemeinsam an Sie, um unsere erhebliche Sorge über die geplanten Änderungen im Geschichtsunterricht der gymnasialen Oberstufe in Berlin zum Ausdruck zu bringen. Nach den vorgesehenen Regelungen soll die vertiefte Beschäftigung mit der Geschichte der deutschen Teilung, der DDR und ihrer Überwindung für viele Schülerinnen und Schüler künftig nicht mehr verpflichtend sein. Wir halten diese Entscheidung für einen schwerwiegenden Fehler und bitten Sie eindringlich, davon Abstand zu nehmen.

Berlin steht in einer besonderen historischen Verantwortung. Keine andere deutsche Stadt ist in vergleichbarer Weise mit den beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts verbunden wie Berlin: mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ebenso wie mit der kommunistischen Diktatur der SED und der jahrzehntelangen Teilung der Stadt. Berlin war Machtzentrum des NS-Staates, Hauptstadt der DDR mit dem Sitz des MfS, Brennpunkt des Kalten Krieges und Ort der Friedlichen Revolution. Diese Geschichte prägt das Stadtbild, die Biografien der Menschen und das politische Selbstverständnis der Stadt bis heute.

Gerade deshalb ist es aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, dass ausgerechnet in Berlin zentrale Kapitel dieser Geschichte im Schulunterricht an Verbindlichkeit verlieren sollen. Die Auseinandersetzung mit Diktatur, Teilung und demokritischem Neubeginn ist kein beliebig disponibler Stoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil historisch-politischer Bildung. Sie bildet eine zentrale Grundlage für demokratisches Urteilsvermögen und politische Orientierung.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der neue Rahmenlehrplan vorsieht, der Geschichte der DDR und der deutschen Teilung mehr Zeit und ein eigenes Kurshalbjahr einzuräumen. Diese inhaltliche Stärkung ist ein wichtiger Schritt und das Ergebnis langjähriger fachlicher und bildungspolitischer Diskussionen. Doch diese Verbesserung läuft ins Leere, wenn sie nicht

durch eine verbindliche Belegung von vier Pflichtsemestern Geschichte in der Oberstufe abgesichert wird, was wir, äquivalent zu Brandenburg, als Lösungsansatz vorschlagen. Ein Lehrplan entfaltet seine Wirkung nur dann, wenn die vorgesehenen Inhalte auch tatsächlich alle Schülerinnen und Schüler erreichen.

Bereits heute zeigt sich, dass die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte in der Sekundarstufe I häufig zeitlich stark begrenzt ist und vielfach verkürzt stattfindet. Ohne eine verpflichtende Vertiefung in der gymnasialen Oberstufe besteht die reale Gefahr, dass noch mehr Schülerinnen und Schüler die Schule verlassen, ohne sich über die 10. Klasse hinaus systematisch mit der kommunistischen Diktatur, der Teilung Berlins und Deutschlands sowie der Friedlichen Revolution auseinandergesetzt zu haben. Dies betrifft nicht nur historisches Wissen, sondern auch das Verständnis von Diktaturmechanismen, von Opposition, Zivilcourage und demokratischen Grundrechten.

Diese Entwicklung steht zudem in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu den Zielen, die der Berliner Senat selbst formuliert hat: Im Koalitionsvertrag wird die besondere Bedeutung der Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit ebenso wie an die SED-Diktatur und auch die Kolonialgeschichte ausdrücklich hervorgehoben. Die Stärkung der Erinnerungskultur, die Unterstützung von Gedenk- und Lernorten sowie die Vermittlung der Geschichte von Diktatur und Demokratie werden dort als zentrale Aufgaben benannt. Diese Zielsetzungen müssen sich auch im schulischen Unterricht verbindlich widerspiegeln.

Angesichts aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen – der Verharmlosung von Diktaturerfahrungen, der Verbreitung geschichtsrevisionistischer Narrative und der wachsenden historischen Distanz junger Generationen – ist eine fundierte und verpflichtende historisch-politische Bildung dringender denn je. Wer die Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutschen Teilung zur bloßen Wahlmöglichkeit macht, schwächt das historische Urteilsvermögen kommender Generationen und untergräbt zentrale Voraussetzungen demokratischer Bildung.

Wir appellieren daher eindringlich an Sie, die geplanten Änderungen zur Belegungspflicht in der Verordnung Gymnasiale Oberstufe (VO-GO § 25) zu überdenken und an einer verbindlichen Behandlung der Geschichte der deutschen Teilung und der DDR in der Oberstufe festzuhalten. Berlin kann und darf es sich nicht leisten, diese Geschichte zu marginalisieren. Es wäre ein schwerer Fehler – und ein Bruch mit der besonderen Verantwortung dieser Stadt –, wenn diese Entscheidung Bestand hätte.

Mit der Veröffentlichung dieses Briefes zu Beginn des neuen Jahres verbinden wir die Hoffnung auf einen offenen Dialog und auf eine Lösung, die der historischen Verantwortung Berlins gerecht wird und möchten gerne an den Austausch anknüpfen, der bereits in den Anhörungsphasen im Zusammenhang mit der Erarbeitung des neuen Rahmenlehrplans oder in Gesprächen mit Staatssekretärin Christina Henke stattgefunden hat.

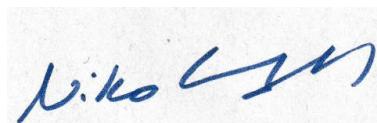
Berlin, 12. Januar 2026



Dr. Anna Kaminsky
Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Lea Honoré
Vorsitzende des Berliner Landesverbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer



Niko Lamprecht
Vorsitzender des Verbands der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands

Kontakt:

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
Fon: +49 (030) 31 98 95 – 0
E-Mail: buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de